

Sie können die QR Codes nützen um später wieder auf die neuste Version eines Gesetzestexts zu gelangen.

# RS Vwgh 1987/2/25 84/01/0364

JUSLINE Entscheidung

O Veröffentlicht am 25.02.1987

#### Index

Polizeirecht

40/01 Verwaltungsverfahren

41/02 Passrecht Fremdenrecht

#### Norm

AVG §68 Abs2

AVG §68 Abs7

AVG §8

PaßG 1969 §18 Abs2

### Rechtssatz

Eine Rechtswidrigkeit lässt sich nicht daraus ableiten, dass von der Anwendung des § 18 Abs 2 PaßG 1969 handelnde Bestimmungen des Erlasses des Bundesministeriums für Inneres, Zl. 83.402/5-II, 14/75, unbeachtet geblieben seien und die Behörde es unterlassen habe, den Bescheid des Generalkonsulates gemäß § 68 Abs 2 AVG 1950 zu beheben. Dies deshalb, weil durch eine bloße Verwaltungsverordnung subjektive Parteienrechte nicht begründet werden und gemäß § 68 Abs 7 AVG 1950 auf die Ausübung des der Behörde nach § 68 Abs 2 leg cit zustehenden Rechtes zur Behebung oder Änderung von unterbehördlichen Bescheiden gleichfalls niemandem ein Anspruch zusteht.

### **Schlagworte**

Besondere Voraussetzungen der Handhabung des AVG §68 Abs2 Zulässigkeit und Voraussetzungen der Handhabung des AVG §68 Bindung an diese Voraussetzungen Umfang der Befugnisse

## **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:VWGH:1987:1984010364.X03

Im RIS seit

27.07.2022

Zuletzt aktualisiert am

27.07.2022

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, http://www.vwgh.gv.at

# © 2025 JUSLINE

 $\label{eq:JUSLINE} \textit{JUSLINE} \textbf{@} \ \textit{ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter \& Greiter GmbH.} \\ \textit{www.jusline.at}$